Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 32	S0111/22	28.03.2022
zum/zur		
F0058/22 – Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, stellv. Fraktionsvorsitzende, Alia Fassl		
Bezeichnung		
Ahndung der Verstöße gegen die Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	12.04.2022	

Zur Anfrage **F0058/22 – Ahndung der Verstöße gegen die Wahlsichtwerbe-Sondernutzungssatzung** – nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Insgesamt wurden zur Landtagswahl 2021 Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen 14 Parteien / Bewerber geführt.

Besonders häufig wurde die Einhaltung der Mindesthöhe von 2,20 m an Lichtmasten (Unterkante) sowie der Mindestabstand in Kreuzungsbereichen verletzt. Die Bußgeldsummen variieren je nach Häufigkeit der festgestellten Verstöße zwischen 55 und 1500 €.

Bei den Wahlen 2014 bis 2019 wurde der Schwerpunkt auf Gefahrenabwehrmaßnahmen gelegt, um erhebliche Verstöße zu beenden, und auf die Ahndung der Ordnungswidrigkeiten verzichtet.

Hieraus kann kein Anspruch abgeleitet werden, auch zukünftig von einer Ahndung befreit zu sein.

Zur Landtagswahl 2021 wurden über 400 Verstöße festgestellt, welche jetzt die Grundlage für die Ahndung bilden. Mit den jetzt erlassenen Bußgeldbescheiden werden die Regelungen der Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung im Hinblick auf zukünftige Wahlen wieder stärker ins Bewusstsein gerückt.

Ob im Nachgang zur Oberbürgermeisterwahl erneut Bußgeldverfahren geführt werden, wird durch die Verwaltung in Abhängigkeit der festgestellten Verstöße entschieden.

Von einer verbindlichen Information, wonach keine Bußgeldbescheide im Rahmen der Wahlplakatierung erlassen werden, ist innerhalb der Verwaltung nichts bekannt. In der S0366/21 wurde beispielsweise thematisiert, dass nicht alle Verstöße gegen die Vorschriften der Wahlsichtwerbung -Sondernutzungssatzung sicherheitsbehördliche Maßnahmen erfordern, um den rechtswidrigen Zustand sofort oder unverzüglich zu beenden. Unabhängig davon werden diese Verstöße dennoch erfasst und können für die Ahndung mittels Bußgeldverfahren genutzt werden.

Holger Platz